



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Tripelallianz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Tripelallianz.



Als die Grenzboten vor einigen Monaten bei Gelegenheit des Gierschen Besuches in Warzin ganz beiläufig in drei Zeilen die Bemerkung machten, das Bündnis zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn sei „ein regelrecht und in aller Form abgeschlossenes, in Dokumenten niedergelegtes,“ ging das durch die gesamte europäische Presse und wurde der Gegenstand einer großen Menge von Kommentaren, bis die „Kölnische Zeitung“ näheres brachte, was dann wieder tausend erläuternde, vermutende, zweifelnde und widersprechende Federn in Bewegung setzte. Ziemlich lange tröpfelte der Segen nach, dann hörte er auf und wurde von den meisten unzweifelhaft vergessen, sodaß die Sache in einiger Zeit wieder einmal neu sein und Sensation machen kann, während sie Scharfblickenden und Leuten mit nicht durchlassendem Gedächtnis, als diese Blätter auf sie hinwiesen, nicht unbekannt war und sie deshalb nicht echauffirte.

Jetzt wiederholt sich das infolge einer in der italienischen Deputirtenkammer gehaltenen Rede des Ministers des Auswärtigen, Mancini, der das Reutersche Bureau ein Telegramm auf dem Fuße folgen ließ, welches die sensationelle Nachricht enthielt, es bestehe zwischen Deutschland, Osterreich-Ungarn und Italien ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis, das seine Spitze gegen Frankreich richte. Wieder gab es eine geräuschvolle und eifrige Diskussion, bei der namentlich einige Preßstimmen interessirten, welche sich aus Osterreich und England vernehmen ließen und für offiziös gelten, und in deren Äußerungen u. a. die Meinung vertreten war, wenn an der Sache etwas wahres wäre, so würde man in Wien den Wünschen des deutschen Reichskanzlers ein Opfer gebracht haben. Andre bezweifelten die Existenz eines solchen Bündnisses und verbanden damit Klagen über die bisherige Haltung Italiens. So der Standard und der Daily Grenzboten II, 1883.

Telegraph, deren Wiener Korrespondenten sich notorisch einen Teil ihrer politischen Gedanken aus dem literarischen Bureau des k. k. auswärtigen Amtes holen und in Folge dessen „wohlunterrichtete“ Korrespondenten sind. Das erstgenannte Blatt war überzeugt, daß Europa nicht zu befürchten habe, Deutschland und Oesterreich-Ungarn würden den Versuch machen, Italien zu einer feindseligen Politik gegen die Franzosen zu veranlassen. Es meinte ferner, jene beiden Mächte hätten kein Bedürfnis nach Beistand von Seiten einer dritten, und der deutsche Kanzler sei ein zu kluger Politiker, um auf Bildung von Koalitionen gegen Frankreich bedacht zu sein, so lange dieses sich friedlich verhalte. Auch die deutsche und die österreichische Politik sei bisher friedlicher Natur gewesen und habe sich deshalb des Wohlwollens aller Welt erfreut. Nicht daselbe lasse sich von Italien behaupten, welches geraume Zeit ein unruhiges Wesen an den Tag gelegt habe. Jetzt indeß scheine es andern Sinnes geworden, es nähere sich Deutschland und Oesterreich und gebe dadurch Bürgschaft, daß es in eine friedfertige und konservative Politik einlenken werde. Zuletzt sprach der betreffende Artikel die Ansicht aus, daß die in Paris am Ruder stehenden Staatsmänner alles Urtheil über auswärtige Angelegenheiten eingebüßt haben müßten, falls sie Oesterreich und Italien zu einer Haltung Anlaß geben wollten, welche die französische Republik bedrohe.

In diesem Raisonement war viel wahres, aber der Kernpunkt der Frage, ob die von Reuters Telegraphendraht angekündigte Tripelallianz bestehe, wurde darin nur gestreift und dabei mehr geleugnet als bejaht. Deutlicher sprach sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem augenscheinlich aus hochliegender Quelle geflossenen Artikel über die Sache aus. Sie erklärte, daß weder Deutschland noch Oesterreich-Ungarn noch Italien Neigung haben könne, Bündnisse zu feindseligen Zwecken gegen irgendeine Macht abzuschließen, da nach allen begründeten Vermutungen die Politik jener drei Staaten nur die Erhaltung des Friedens im Auge habe. Am wenigsten sei die Meinung berechtigt, daß einer von den dreien das Bedürfnis empfinde, für sich allein oder im Verein mit andern eine Frankreich feindliche Richtung zu verfolgen, und somit seien alle Nachrichten über Verabredungen jener drei Mächte in das Reich der Fabeln zu verweisen. Dieselben hätten nur den Wert von Vermutungen, abgeleitet aus den offen zu Tage liegenden Interessen jedes einzelnen dieser Staaten, die auf Wahrung des europäischen Friedens hinwiesen, und denen zufolge es möglich, ja vielleicht wahrscheinlich sei, daß sie sich gegen einen willkürlichen Friedensbruch, komme er von der oder jener Seite, gemeinsam zur Wehre setzen würden. Sehe man von diesem Bindemittel ab, so liege für keine von den drei Mächten Anlaß vor, gegen Frankreich üble Absichten zu hegen, und ebensowenig sei für eine derselben Grund vorhanden, zu vermuten, daß ihr Friede durch Frankreich bedroht sei. Wenn, fuhr der Artikel fort, und darin liegt zum großen Theile seine Bedeutung, wenn Gerüchte auftauchen, die zu der

Annahme neigen, die gemeinsame Absicht der drei Mächte, den Frieden zu wahren, sei mit irgendeinem Hintergedanken an Frankreich verbunden, so kann da nur die Beforgnis obwalten, daß infolge eines etwaigen Wechsels der Regierung in Frankreich von dort eine Störung des Friedens erfolgen könnte. Wir finden eine derartige Befürchtung nur für den Fall gerechtfertigt, wo durch Umwälzungen, die außerhalb des gegenwärtigen französischen Staatsrechtes [nach welchem Frankreich eine demokratische Republik ist] sich vollzögen, eine Persönlichkeit [ein Orleans oder ein Napoleonide, auch an einen kriegerischen Präsidenten kann dabei gedacht sein] oder ein Prinzip [das monarchische] zur Regierung gelangte, welche durch Aufruf der kriegerischen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene unsichere Herrschaft zu befestigen versuchten. Träte ein solcher Fall ein, so würde man sich die Frage vorzulegen haben, ob jede der drei Mächte, von deren Bündnis die Rede ist, nach einem Siege Frankreichs über eine derselben noch des gleichen Maßes von Unabhängigkeit und Sicherheit gewiß wäre, welches die gegenwärtigen Zustände gewähren. Angenommen, daß Frankreich, infolge einer innern Umwälzung zum Kriege getrieben, zunächst das deutsche Reich angriffe, so würde sich Österreich und Italien die Frage aufdrängen, in welche Lage diese Staaten geraten würden, wenn Frankreich mit oder ohne Bundesgenossen Deutschland überwunden und das neubegründete Reich zum Zerfall oder zur Ohnmacht gebracht hätte. Dann müßte die Lage Österreichs und Italiens zunächst eine diplomatisch beengte und bald vielleicht eine militärisch bedrohte werden. Nehmen wir den zweiten Fall an, daß von einer kriegsbedürftigen französischen Regierung zunächst Italien angegriffen würde, so hätte sich der deutsche oder österreichische Politiker zu fragen, ob es für sein Vaterland annehmbar sei, wenn Frankreich seine Grenzen direkt oder in der Form einer cisalpinischen Republik in Italien weiter nach Osten rücken oder Italien durch einen unglücklichen Krieg in Abhängigkeit von Frankreich geraten würde. Beide Fälle würden für Österreich und Deutschland eine im Vergleiche mit ihrer jetzigen Lage sehr ungünstige Veränderung herbeiführen. Ein direkter Angriff Österreichs von seiten Frankreichs ist nach den heutigen Grenzverhältnissen nur im Vereine mit Italien möglich; aber Österreich hat kein Interesse, einer solchen Eventualität, die in der Vergangenheit (1859) eingetreten ist, nochmals Spielraum zu verschaffen. Auch für Deutschland könnte es nicht gleichgiltig sein, die Sicherheit der österreichischen Westgrenze durch die Annäherung der französischen Nachbarschaft in Italien vermindert zu sehen. Die Stärke und Sicherheit Österreichs ist für Deutschland ein Bedürfnis, ja kein einsichtsvoller deutscher Politiker könnte sich mit der Lage befreunden, welche entstände, wenn Österreich gelähmt oder uns feindlich wäre, weil von Deutschland im Stiche gelassen. „Wir sind überzeugt, so schließt der Artikel, und in diesen Worten liegt sein Hauptgewicht und die Moral der ganzen Betrachtung, daß die Logik der Geschichte an sich stark genug ist, um jede dieser friedliebenden

Mächte zu überzeugen, daß sie wohlthut, nicht abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt, und darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht durch Preisgebung ihrer Mitinteressenten in der Friedensfrage isolirt wird."

Wir sind nach diesem Schlusssatze überzeugt, daß eine Tripelallianz zu Friedenszwecken, also ein Defensiv-Bündnis, zwischen Italien, Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reiche für bestimmte Möglichkeiten der Zukunft abgeschlossen, besteht, und wir möchten annehmen, daß es schon einige Monate alt ist. Wäre das nicht der Fall, so sollte es sobald als möglich abgeschlossen werden und nicht bloß für kurze Frist; denn die Lage, die es den Italienern vielleicht noch weit mehr empfiehlt als uns und unsern Allirten an der Donau, wird in der Folgezeit schwerlich eine erhebliche Veränderung erleiden.

In jener Überzeugung beirren uns auch Dementis nicht, wie das des Wiener Korrespondenten das Daily Telegraph, der am 9. April seinem Blatte schrieb: „In politischen Kreisen hier wird der schwebenden Streitfrage über die angebliche Tripelallianz gar keine Wichtigkeit beigemessen. Man weiß, daß das ursprüngliche Telegramm, welches die Erörterung anregte, in Wirklichkeit von Paris ausging, wo man vermutlich den Verdacht hegte, daß eine Entente zwischen Italien und den beiden deutschen Mächten entweder ins Auge gefaßt oder nahe daran sei, zustande zu kommen. Die leitenden Geister der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hielten die Gelegenheit für günstig zu einer freundschaftlichen Ermahnung an Frankreich, aber es würde, um es gelind auszudrücken, gewagt sein, wollte man die Angabe unsers Berliner Zeitgenossen für mehr bedeutend ansehen. Ich kann zuversichtlich behaupten, daß zwischen den drei in Rede stehenden Mächten keinerlei Einverständnis in Betreff der Eventualität eines Krieges existirt. Es giebt keinen Schatten einer Tripelallianz.“

Wir wundern uns umsoweniger darüber, daß der Verfasser sich hier täuscht, als er auch vor kurzem noch nicht an das deutsch-österreichische Bündnis glaubte. Lesen wir zwischen den Zeilen des Berliner officiösen Blattes, so spricht es mindestens die Überzeugung aus, daß jeder Versuch Frankreichs, den Frieden Europas zu stören, drei Großmächte zum Schutze desselben vereint sehen wird. Unzweideutig wird anerkannt, daß man von der jetzigen französischen Regierung keinen Angriff befürchtet, ebenso deutlich aber tritt die Besorgnis hervor, daß ein Sieg der Monarchie über die gegenwärtige Verfassung Frankreichs das anders gestalten könnte, und diese Stelle des Artikels hat die französische Presse, nicht bloß die der Opposition, ganz über die Maßen verdrossen. Auch die Republikaner haben es sehr übel genommen, daß die Republik als die einzige Regierungsform dargestellt wird, welche in Europa den Frieden sicherstelle; die Herren können es nicht vertragen, daß man ihnen freundlich auf den Rücken klopf, sie wissen, daß es ihnen zu Hause Spott zuzieht, wenn Fürst Bismarck sie zu patronisiren scheint, und es ist sehr ergötzlich, die Ausbrüche ihres Verdrusses zu verfolgen. Der Temps, der für hochoffiziös gilt, rief am 8. April aus:

„Barmherziger Himmel, was für plumpe Gesellen diese Deutschen doch sind, und wie wenig nationale Würde sie besitzen! Wahrscheinlich bildete sich die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« ein, es werde den Freunden unsrer Einrichtungen gefallen, wenn sie ihnen ihre Unterstützung anböte. Die Reichskanzlei, von der man glaubt, sie inspirire ihre Artikel, mag gedacht haben, daß diese drohenden Winke der Republik gegen die monarchischen Prätendenten nützlich sein könnten, aber es würde schwer fallen, wenn man den Mangel an Takt weiter treiben wollte. Versteht sich denn etwa von selbst, daß Frankreich Deutschland um Rat fragt, ehe es sich darüber entscheidet, was es zu Hause thun soll, daß seine Parteien sich erkundigen, wie weit sie gehen dürfen, ohne sich Bemerkungen von seiten der deutschen Reichskanzlei auf den Hals zu ziehen? Die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« der wir antworten, hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß Frankreich niemals auf jemand den Eindruck gemacht hat, es wolle den Frieden stören, sie befindet sich aber in einem bedauerlichen Irrthume, wenn sie meint, daß in Frankreich nicht alle Parteien in dem Entschlusse einig seien, Herren im eignen Lande zu sein und die Unabhängigkeit der Nation aufrecht zu erhalten.“

An demselben Tage klagte Paul de Cassagnac im Pays bitterlich: „Der Fremde ist's jetzt, der in Frankreich die Republik bewacht und stützt. Was für eine Schande für die Republik, die ihre Fortexistenz einzig und allein den Fremden dankt! Wenn es weiterer Beweise bedürfte, um zu zeigen, wie verhängnisvoll die Republik für uns ist, so würden wir sie in diesem deutschen Artikel finden, der so treu die Beweggründe zu dieser gegen unser unglückliches Vaterland gerichteten Tripelallianz ausdrückt.“

Ganz außer sich geberdete sich das Blatt der Gambettisten, die République Française; sie wurde vor Verdruß sarkastisch und bedauernswert persönlich und spreizte schließlich ihr Gefieder wie ein radschlagender Puter. Es hieß da u. a.: „Herr von Bismarck hat sich den schmerzhaften Kniffen seiner Neuralgie oder Gicht entrissen, um der Norddeutschen einen Artikel zu diktiren. Er geruht, uns eine Thatsache mitzuteilen, die uns nie unbekannt gewesen ist, nämlich daß Deutschland, Osterreich und Italien keinen Offensivallianz-Vertrag gegen uns abgeschlossen haben. Er hat die Güte anzuerkennen, daß keine dieser Mächte ihren Frieden als von uns bedroht ansieht. Ist es wohl möglich, gnädiger zu sein? Es ist also gewiß, daß unsre Geschichtsbücher keine achte Koalition zu verzeichnen haben werden, und daß die Berliner und Wiener Fräulein und die Signorine in Rom nicht fürchten, General Galliffet werde nächstens an der Maas oder am Var zum Satteln blasen lassen. Der Frühling von 1883 wird seine Stirne nicht über Kriegsgerüchte zu runzeln haben. Ruhm dem Fürsten Bismarck und dem Redakteur der Norddeutschen Zeitung, seinem Propheten, daß sie dem ganzen Universum diese Botschaft verkündigt haben!“ Dann ist geschmackvoll vom „Barziner Neuralgiker“ die Rede, und der Artikel fährt fort:

„Unsre Verfassungsgesetze werden als oberste Bürgschaft für den Frieden Europas hingestellt, und es wird die Meinung ausgesprochen, nur eine Umwälzung könne unsre kriegerischen Neigungen wieder aufleben lassen, indem sie einen Mann oder ein Prinzip ans Ruder brächte, die ihre Stellung dadurch stärkten, daß sie die Aufmerksamkeit der Nation nach auswärts lenkten. Wir sind so glücklich, Herrn von Bismarck und seinen Sekretär benachrichtigen zu können, daß kein Mensch in der Welt imstande sein wird, unsre Nation zu einem Eroberungskriege fortzureißen. [Fuchs vor zu hoch hängenden Trauben!] Die Epoche dynastischer Kriegszüge ist für immer vorüber. [Aber Wiedereroberungs-, Nachkriege, wie stehts damit?] Wenn andererseits Herr von Bismarck sich einbildet, daß unsre jetzigen Institutionen uns bewegen würden, im mindesten zu zögern, wenn es gälte, unser Recht und unsre Ehre zu verteidigen, so ist er ganz ungeheuer schlecht unterrichtet. [Kampf mit Windmühlen! Wer hatte vermutet, was hier emphatisch widerlegt wird?] . . . Die Republik wird niemand angreifen, aber sich bei allen geachtet zu machen wissen. Unsre Regierungsform dem Wohlwollen Europas zu empfehlen als das einzige Schuzmittel gegen die angeblichen kriegerischen Instinkte der Nation, heißt sowohl die Nation als die Republik beleidigen. Es giebt keinen Franzosen, sei er Republikaner oder Monarchist, der die Beleidigung nicht fühlte. Wir sind nicht gewohnt, die Einrichtungen unsrer Nachbarn zu tadeln oder zu loben. Wir nehmen weder für Herrn von Bismarck noch für Herrn Richter Partei, und wir lassen die Deutschen, die Oesterreicher und die Italiener sich so regieren, wie es ihnen passend scheint. Beobachtet uns, wenn es beliebt, schließt Defensivbündnisse gegen uns ab, wenn ihr euer Sicherheitsgefühl dadurch verstärkt. Uns ist's gleichgiltig, denn wir werden keines Verbündeten bedürfen, wenn wir aufgerufen werden, uns zu verteidigen. Aber um des Himmels willen, verschont uns mit euren Ratschlägen in Betreff der Verfassung, die für uns am besten paßt. Unter einer Republik wie unter einer Monarchie ist Frankreich für Fremde nur Frankreich, ohne Beiwort.“

Wir lassen uns die Freude an der überaus friedfertigen Gesinnung des gambettistischen Blattes nicht durch das Großthun desselben vor der nicht vorhandenen Gefahr eines Angriffs der Nachbarn auf Frankreich verbittern, auch nicht durch die Erinnerung, daß es früher anders dachte und mit der Revanche liebäugelte, oder durch die Betrachtung, daß man Frieden zu halten gezwungen ist. Aber ein paar Worte über diese Notwendigkeit und ihre Gründe werden am Orte sein. Es gab eine Zeit, wo Thiers in Wahrheit sagen konnte, die Republik sei das Programm, welches die Franzosen am wenigsten trenne. Es war die Epoche der konservativen Republik, wo der Regierung jeder recht war, der Frankreich seine Dienste weihen wollte, wo ehemalige Orleansisten wichtige Stellen in der Verwaltung bekleideten, Herzöge mit legitimistischem Anfluge Frankreich im Auslande vertraten, die Söhne Ludwig Philipps hohe Posten in der

Armee innehatten, und die Ordnung und das Eigentum so gut gesichert waren als unter irgendeiner monarchischen Regierung. Die demokratische, die radikale Republik, die darauf folgte, hat das anders werden lassen, sie hat namentlich die Franzosen mehr getrennt als irgendein anderes Regime, sie ist ganz und gar unfähig, Verbündete zu gewinnen, da keine fremde Macht daran denken kann, mit einem Ministerium sich zu verständigen, das morgen schon einem andern Platz zu machen gezwungen werden kann, welches ganz verschiedene Grundsätze vertritt. Das muß den Gambettisten allerdings als unerfreuliche Folge ihres Strebens, als verdrießliche Beigabe zu der Republik erscheinen, die sie geschaffen haben; denn sie geberdeten sich Jahre hindurch als Partei der Zukunft und der Rache an Deutschland. Uns und ganz Europa ist das durch ihre Thätigkeit vorzüglich zahm gewordne Frankreich eine willkommene Bereicherung der europäischen Menagerie. Versprache diese notwendig friedliche, wegen innerer Streitigkeiten schwache Republik Dauer, so wären Vorsichtsmaßregeln gegen sie kaum von nöten. Wir hegen aber gegründete Zweifel an dieser Dauer, einmal wegen des Charakters der Franzosen an sich, der den Wechsel liebt, dann wegen des Wesens der demokratischen Republik, die wenigstens unter romanischen Völkern immer über kurz oder lang zu Übertreibungen des Prinzips und durch diese zur Reaktion, zur Säbelherrschaft und zur mehr oder minder despotischen Monarchie führte. Jetzt ist dafür gesorgt, daß für das Eintreten dieses Falles, der mit derselben Notwendigkeit mit Kriegen gegen die Nachbarn endigen muß, solchen Ausschreitungen eine tüchtige Schranke gesetzt ist. Frankreich würde sich dann im Süden und Osten einer gewaltigen Tripelallianz gegenüber sehen. Vielleicht existirt kein schriftlicher Vertrag zu diesem Zwecke, ganz unzweifelhaft aber ist es nach der offiziösen deutschen Presse und nach den neuesten Erklärungen Mancinis im italienischen Senate zu einem klaren Einverständnis der drei Mächte gekommen, dem zufolge Frankreich keine einzelne derselben angreifen darf, ohne die beiden andern sich in Waffen gegenüberzusehen. Das ist das Gegenteil von dem Zustande Europas unter Napoleon III. Er griff Rußland in der Krim an, während Oesterreich und Preußen unthätig blieben. Er führte Krieg mit Oesterreich, während Preußen und Rußland Gewehr beim Fuß dabei standen. Er war 1870 auf dem Wege, Deutschland allein anzufallen. Die Republik wird das alte Spiel nicht wiederholen, und ein aus ihr etwa hervorgehender König oder Kaiser der Franzosen auch nicht. Frankreich muß es jetzt, wenn es durchaus mit einem der Nachbarn anbinden will, mit dreien aufnehmen, und dieser Aufgabe ist es nicht gewachsen und wird es niemals gewachsen sein. Es wird daher nicht so unsinnig sein, mit dem Kopfe gegen die Mauer einer neuen Koalition zu rennen, die, ungleich den früheren, eine rein defensiv ist und vermutlich bleiben wird.

Daß die Allianz der drei Mächte, oder wie man die Übereinkunft derselben sonst nennen will, in der That nur friedliche Zwecke verfolgt, geht deutlich aus

der Erklärung Mancinis hervor, die er nach seiner Rede in der Deputirtenkammer im italienischen Senate abgab. Er stand hier außer Freunden seiner Politik auch Gegnern derselben, Anhängern Frankreichs, wie dem Senator Alfieri, gegenüber. Seine Äußerungen wurden von dem Berichterstatter Carraciolo vorbereitet, der den Wunsch aussprach, daß die jetzt zwischen Italien und Frankreich obwaltenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden möchten, wobei er in Bezug auf Tunis auf die Möglichkeit einer Verständigung betreffs der Kapitulationen hinwies und unter Betonung des Umstandes, daß die Regierung von keinerlei feindseligen Gefinnungen gegen Frankreich beseelt sei, die Erwartung aussprach, die guten Beziehungen Italiens zu Deutschland und Österreich-Ungarn würden viel zum Erfolge einer konservativen und friedlichen Politik beitragen. Mancini dankte ihm für die Anerkennung seiner Bemühungen um Hebung des Ansehens Italiens beim Auslande und insbesondre für die Billigung seines Bestrebens, die Beziehungen des letztern zu den beiden verbündeten Mächten Mitteleuropas besser und intimer zu gestalten. Der Erfolg dieses Bestrebens habe sich bereits in dem Einverständnis der drei Regierungen über wichtige Fragen, sowie in dem Wachsen des Einflusses Italiens im europäischen Arcopag kundgegeben. Weitere Erklärungen über dieses Thema, so fuhr er fort, müsse er ablehnen, da Vorsicht geboten sei. In der Deputirtenkammer habe er nur die in der Delegation zu Pest abgegebenen Äußerungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen wiederholt, welcher (am 31. Oktober v. J.) dort gesagt hatte: „Des Königs [Humbert] Besuch [in Wien] wurde durch zwei Beweggründe veranlaßt. Es sollte erstens der freundschaftlichen Gefinnung des königlichen Paares gegen unser kaiserliches Haus Ausdruck gegeben werden, und die Welt sollte zweitens wissen, daß Italien sich der konservativen und friedfertigen Politik des österreichisch-ungarischen Kabinetts anzuschließen wünsche.“ Etwas später (am 9. November) fügte Graf Kalnothy dem hinzu: „Die auswärtigen Beziehungen der Monarchie sind höchst befriedigend. Das innige Verhältnis zwischen den beiden Kaiserermächten bildet eine von den andern Mächten anerkannte Bürgschaft für den Frieden. Auch der Kaiser von Rußland giebt trotz mancher Vorfälle sein Verlangen nach Frieden kund. Italien hat im letztverflossenen Jahre den Wunsch ausgesprochen, sich unsrer Politik anzuschließen. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu England sind durch Ereignisse im Osten gestärkt worden. Soweit menschliche Voraussicht die Zukunft erraten kann, ist der Friede gesichert.“

Mancini fuhr darauf fort, er bleibe bei dem, was er in der Deputirtenkammer erklärt habe, sage aber auch nicht mehr. Italien sei nicht mehr isolirt, es arbeite in Übereinstimmung mit den andern Mächten auf die Ruhe Europas und das friedliche Fortschreiten der Zivilisation hin, wobei es seine eigne Unabhängigkeit, seine Initiative und seine Würde wahre. Das Einvernehmen mit jenen Mächten werde den großen Vorteil haben, daß es jede aggressive Politik

verhindere. Den Namen und die Form dieses Einvernehmens anzugeben, sei nutzlos. Carraciolo habe recht, wenn er sage, daß Italien bei seiner Annäherung an die mitteleuropäischen Mächte niemals einen feindseligen Gedanken gegen Frankreich gehegt habe. Das einmütige Bestreben der Mitglieder des Kabinetts sei auf Beseitigung jedes Anlasses zu Mißverständnissen mit Frankreich und darauf gerichtet, die Beziehungen zu letzterem immer besser zu gestalten [was von der Berliner Politik gleichfalls zu gelten hat]. Die aufrichtigen Gefühle des Wohlwollens gegen Frankreich seien aber nicht unvereinbar mit einem wachsamem Schutze der Interessen Italiens. Derselbe wolle verhindern, daß vollendete Thatsachen [die Annexion von Tunis] noch größere Mißverhältnisse hervorriefen, und werde nicht gleichgiltig bleiben können, wenn eine Nation eine auf Eroberungen ausgehende Kolonialpolitik betreiben sollte, indem sie Besitzungen am Mittelmeere zu gewinnen trachte. Jede große Seemacht würde, wenn sie derartigem Beginnen nicht entgegenträte, einen Selbstmord begehen.

Was die letzterwähnte Erklärung betrifft, so hat wenigstens die tunesische Sache mit dem Zwecke der Tripelallianz gewiß nichts zu schaffen. Hier wird dieselbe an dem, was geschehen ist, nichts ändern. Italien müßte sich hier selbst helfen, und vielleicht gestaltet sich die Zukunft einmal so, daß es dies versuchen kann. Daß es im italienischen Parlamente Leute giebt, die zu solchem Wagnis drängen, ist Thatsache. Am 7. April rief der Abgeordnete Pantaleoni aus: „Die Gegenwart Frankreichs in Tunis ist eine Bedrohung Sardinien's; wir müssen an die Verteidigung dieser Insel denken. Frankreich wird die Beute seiner krankhaften Begierde.“ Vor sechs Monaten hätte er das wohl nicht zu sagen gewagt. Man hatte sich damals, wie es schien, über den tunesischen Zwischenfall beruhigt, und als die Frage wegen Besetzung des italienischen Botschafterpostens in Paris zwischen dem dortigen und dem römischen Kabinet erörtert wurde, schien sich ein recht freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden anbahnen zu wollen. Jetzt hat sich das geändert. Italien, damals isolirt und deshalb Frankreich gegenüber schwach, hat seitdem an Selbstgefühl gewonnen. Es sieht Frankreich durch die Folgen der demokratischen innern Politik geschwächt und ohne Aussicht auf Allianzen. Es hat sich selbst in seinen innern Verhältnissen gehoben, seine Finanzlage hat sich gebessert, es kann den Zwangskurs des Papiergeldes aufheben, es vermag trotz Verzichts der Regierung auf die Mahlsteuer das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen. Nicht weniger wichtig aber ist, daß sich das Verhältnis Italiens zu Oesterreich-Ungarn, unserm Bundesgenossen, seit einiger Zeit freundlicher gestaltet hat, weshalb wir nicht recht begreifen, warum die Aufnahme Italiens in das deutsch-österreichische Bündnis von gewissen Blättern als ein vom Wiener Kabinet dem deutschen Reichskanzler gebrachtes Opfer dargestellt worden ist. Gewiß gab es eine Zeit, und sie ist noch nicht lange vorbei, wo Italien sich wenig zum Dritten im Bunde zu eignen schien, die Zeit, wo die Sredenta auf der Halbinsel fast ungehindert Angriffe

auf Österreich predigen und vorbereiten konnte, und wo ministerielle Kundgebungen die Absicht verrieten, zwar für jetzt Frieden zu halten, aber sich nicht für die Zukunft zu binden. Das ist jetzt aber anders geworden. Die Regierung hat die Irredenta zunächst desavouirt, ihr Bestreben nach Eroberung des Trentino und Triests öffentlich als dieselbe Thorheit bezeichnet wie ein etwaiges Zurückfordern Nizzas und Savoyens von Frankreich oder das Verlangen, England solle Malta herausgeben, und sie ist dann thatsächlich gegen die Irredentisten eingeschritten, soweit sich das mit den Landesgesetzen vertrug. Es war wohl bald nach der Besetzung von Tunis durch die Franzosen, daß man sich in Rom entschloß, Anlehnung an das österreichisch-deutsche Bündnis zu suchen, um der Spolirung Italiens ein Ende zu machen. Italien scheint damals Beistand der Verbündeten zu einer aggressiven Politik gegen Frankreich im Auge gehabt zu haben. War dies der Fall, so wurde es abgewiesen, denn deren Bündnis war eben nur zu Defensivzwecken abgeschlossen. Die italienischen Staatsmänner versuchten es dann auf andre Weise, sie bemühten sich, eine Annäherung an die beiden Mächte auf der Basis der Erhaltung des Friedens und des Statusquo zustande zu bringen. König Humberts Besuch in Wien sollte gleichsam ein Pfand dafür sein, daß das offizielle Italien in seiner Geschichte ein andres Blatt aufgeschlagen und alle selbstthätigen Pläne Österreich gegenüber aufgegeben habe. In Österreichs Interesse lag es nicht, dieses Entgegenkommen abzulehnen, es war vielmehr eine gute Gelegenheit, einen unruhigen Nachbar, der unter Umständen gefährlich werden konnte, zum Freunde zu gewinnen, und so wurde auf das Anerbieten eingegangen. Wir denken, die Italiener werden sich dabei gut stehen; denn sie bedürfen mindestens so sehr des Friedens wie Österreich und wir Deutschen, und der ist ihnen nur dann voll und ganz gesichert, wenn sie starke Verbündete haben.



Zur Beleuchtung der Gefängnisfrage.



n dem großen, von Albrecht Dürer mit Wandgemälden geschmückten Saale des Nürnberger Rathhauses bildete ehemals am westlichen Ende das kunstvolle, von Peter Vischer gegossene, in der Zeit des Überganges der Stadt an Baiern um den bloßen Metallwert verkaufte und seitdem spurlos verschwundene Gitter eine gesonderte Abteilung. Hier tagte das peinliche Hals- und Inzichtsgericht der seit dem